

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition. Von untern Annoncenstellen und allen Anzeigen-Expeditoren annehmen. Restanten die Zeile 75 Pfg. Escheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Aufsätze ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. An amtlichen Zeitungs-Bestellungen unter Nr. 6778 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.

[Verleger: Redaction Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Nr. 51.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 31. Januar

1901.

Bestellungen auf die Saale-Zeitung

für die Monate Februar und März

nehmen alle Reichspostanstalten zu 2,17 Mark in Halle die Expeditionen und Postträger zu 1,70 Mark bei einmaliger, zu 1,90 Mark bei zweimaliger Bestellung an.

Die Nationalliberalen und die Agrarier.

Die unentschiedene Haltung der Nationalliberalen gegenüber den Agrariern, die wir schon gebührend würdigten, wird jetzt mehr und mehr auch in angesehenen Organen der Partei entschieden verwirklicht. Besonders elastisch trat diese Direktionslosigkeit der Nationalliberalen bekanntlich im Abgeordnetenhaus bei der Beratung der konserativen-heraldischen Resolution und des hierzu vom Abg. Dr. Barth gestellten Amendements, betreffend den neuen Zolltarif, zu Tage, als der Abg. Sautter im Namen eines großen Theiles seiner Fraktion sich gegen die Fassung der agrarischen Resolution erklärte, nachher aber zur nicht geringen Ueberraschung noch auch seiner näheren Parteifreunde in mannlicher Abstimmung für sie stimmte. Zunächst war es die „Nat.-Ztg.“, welche sofort nach dieser Verhandlung des Abgeordnetenhauses ihrem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß die Nationalliberalen den agrarischen Uebereinstimmungen nicht mit der nötigen Geschicklichkeit entgegenzutreten seien. Das nationalliberale Blatt war es heute in einem zweiten Artikel zunächst die Regierung, dann auch die nationalliberale Partei vor einer weiteren Aneignung vor den Agrariern, indem es zugleich die Nachsicht für eine liberale Mittelpartei folgendermaßen abweist:

„Mit der Bereitwilligkeit, den landwirtschaftlichen Forderungen zu verfahren, muß eine liberale Mittelpartei die schwerwiegenden handels- und sozialpolitischen Rücksichten in Einklang bringen, die jetzt in Frage stehen. Will sie ihr Ziel als Mittelpartei nicht aufgeben, so muß sie den agrarischen Extravaganzen nachdrücklich entgegenzutreten; will sie in dieser Frage den Liberalismus wahren, so muß sie die von der politischen Vertretung der agrarischen Nation, den Konsekvativen, geung geduldeten Intereessen, die der Industrie-Industrie und der großen unentwickelten Volksschichten, hieraus fließen. Gierigkeit, ob die Regierung sich nach ihrem Willkür des Widerstandes gegen die agrarische Rücksichtlosigkeit umhertreibt oder nicht, ob sie diese zu überwinden oder ihr zu unterliegen wünscht — es ist die Pflicht einer liberalen Mittelpartei, für Widerstand in dem wohlbedachten Wege, das jetzt nur in Frage ist, ihre Unterwürigkeit unabweislich zur Verfügung zu stellen. Sie darf keinen Zweifel darüber lassen, daß eine Regierung, welche wirklich „ausgleichende Gerechtigkeit“ zu über bestrebt, nicht bloß auf die Sozialdemokratie und die freistimmigen Gruppen angewiesen ist.“

Dieser Meinung schließt sich ein angesehenes nationalliberales Provinzialorgan, der „Hann. Cour.“, an, der mit Bezug auf die Abstimmung der nationalliberalen Partei im Abgeordnetenhaus erklärt: „Wir sind der Meinung, daß schon der Wortlaut des Antrags und dann die Begründung durch Herrn von Pappebrand der Weisheit der nationalliberalen Fraktion anerkennend den Vorwurf hätte, gegen den Antrag zu stimmen, wie es die Mitglieder gethan hat.“ Das nationalliberale Blatt weist weiter darauf hin, daß auch die gemäßigtsten Elemente der städtischen Bevölkerung immer mehr zu einer entschiedenem Stellungnahme gegenüber den Agrariern geneigt würden.

„Es ist keineswegs ein Geheimnis“, sagt der „Hann. Cour.“, „daß in einem Theile der städtischen Mitglieder unserer Partei die ganze Bewegung zu Gunsten der Getreidezölle abschließend beurteilt wird.“ Das nationalliberale Blatt fordert daher die Partei auf, den Gegenstand, in dem die nationalliberalen Fraktionen — sachlich und faktisch — zu dem agrarischen Agrarierthum stehen, bei jeder Gelegenheit viel schärfer zum Ausdruck zu bringen, als es bisher in der Regel geschehen ist. Die unbedingte Weisung der agrarischen Agrarier könne für die Partei, nach den Erfahrungen der letzten Wahlen nur von Vortheil sein. Wiederholt hat sich, so hebt das Blatt mit Recht hervor, „bei den Wahlen gerade in unserer Provinz gezeigt, daß die Nationalliberalen auch in überwiegend ländlichen Wahlkreisen ihre besten Erfolge erzielen, wenn sie in ansehnlichem Grade sich zu dem agrarischen-konservativen Agrarierthum treten.“ Zum Schluß empfiehlt der „Hann. Cour.“, ähnlich wie die „Nat.-Ztg.“, der Partei folgende Direktive:

„Sei mehr... die Nationalliberalen in den Parlamenten bereit sind, im Rahmen des Gesamtwohlwills für die Förderung der landwirtschaftlichen Interessen einzutreten, desto nachdrücklicher müssen sie den politischen und wirtschaftlichen Gegenstand betonen, in dem sie zu dem konsekvativen Agrarierthum stehen. Nicht geküßelt diese Taktik ihr Ansehen und ihre Stellung in Stadt und Land.“

So zwei angesehenen Organen der nationalliberalen Partei. Am besten wird die Nationalliberalen allerdings schon im vorigen Jahre durch zwei Erklärungen des Gesamtwohlwills der Partei in ihrer Stellungnahme gegenüber der Getreidezölle-erhöhung bis zu einem gewissen Grade festgelegt; ob

dies faktisch richtig war, wird jetzt vielleicht manchem Mitglied der Partei zweifelhaft erscheinen. Man braucht in dieser Beziehung nur daran zu erinnern, daß J. v. D. der Abg. Franke, allerdings nur für seine Person, vor wenigen Tagen im Reichstage erklärte, daß er, wenn die Kanalvorlage im Abgeordnetenhause abgelehnt würde, nicht in der Lage sei, die Getreidezölle auch nur um einen Pfennig zu erhöhen, und daß das neu in das Abgeordnetenhause eingetretene Mitglied der Partei für Magdeburg, Juchaczewski, gegen die agrarische Resolution stimmte. Man muß danach gegentüßlich darauf sein, ob es den Nationalliberalen gelingen wird, die vielfach vorhandenen Gegensätze, besonders in wirtschaftlichen Fragen, auszugleichen. △

Deutsches Reich.

Hof- und Personalia.

* Die Adresse Kaiser Wilhelm's aus England soll am Montag abend erfolgen. Der Kaiser wird sich in Port Victoria auf der „Hohenzollern“ einschiffen. Bei der Kaiser-Parade in Spibach werden die deutschen Schiffe unter den vornehmsten ausländischen Kriegsschiffen die Ehrenvolle verfahren. Die Schiffe werden im Donnerstag morgen alle verfahren sein. Am Sonntag abend treten sie die Heimreise an.

* Die Kaiserin hat heute nachmittag der Kaiserin Friedrich in Festschloß einen Besuch ab.

* Am Befinden des Prinzen Georg von Sachsen ist, wie das „Dresd. Journ.“ meldet, eine Besserung noch nicht eingetreten.

* Der Oberhofmeister des Kaisers, Graf von Eulenburg, welcher vorgestern in London eingetroffen ist, hat sich gestern mit dem König Eduard auf dessen besondere Einladung nach Osborne begeben.

Politik.

* Die Erörterungen über den maurischen Kanal, der in die Kanalvorlage nicht hineingearbeitet werden konnte, weil zum heftigen Bedauern der Staatsregierung in der Provinz Oshershausen selbst noch gewichtige Zweifel über den Werth des Kanals bestehen, bringen Herrn v. Mikulow wieder in eine eigenartige Verbindung. Nach den Mittheilungen in der am Montag in Königsberg abgehaltenen großen Versammlung zu Gunsten des maurischen Kanals wird nämlich, das lebhaft Bedauern der Staatsregierung verstanden von Herrn v. Mikulow nicht getheilt. In dieser Verbindung erklärte nach der „Königsb. Nat.-Ztg.“ der Oberbürgermeister Hoffmann, daß Mikulow an die oshershausen'sche Deputation vor sechs Jahren plötzlich die Frage gerichtet habe: Wie denken sie über den maurischen Kanal? Als selbst er auf diese Frage nicht vorerbeten Deputation nicht logisch eine Antwort erfolgte, meinte der Herr Minister, „na, ich denke, ich denke, ich denke und d. n. d. n. d. n. d. n.“ Die oshershausen'sche Deputation berufen sich jetzt auf diesen angeblichen Vorfall und hoffen durch den Vorfall auf den Kanal Kanaltal für sich zu gewinnen. Demgegenüber erklärte Vittergottschewitz Seydel-Selken, daß noch nicht Mikulow einer anderen oshershausen'schen Deputation, die er erkrankte an frühere Folgen der Regierung für den maurischen Kanal, kurz beantwortet habe: „Ach was, Versuchen, die über 10 Jahre alt sind...“

* Außer dem Londoner „Daily Express“, dessen Ausstellungen über den Kaiser vor gestern schon Raum gaben, lassen sich jetzt auch die kürzigen Londonerblätter über das durch den Aufenthalt unseiner Monarchen in England veränderte freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und England vernennen. Der „Daily Telegraph“ behauptet, Kaiser Wilhelm hat mit seinem natürlichen Gefühl für die Sache, was vielleicht den arbeitsreichen Verhandlungen der fünfjährigen Diplomatie nicht gälte wäre: er hat zwei große Wähler einander näher gebracht. Nicht um ein förmliches Bündnis handelt es sich, sondern um eine moralische Verständigung zur Förderung der beiderseitigen Ziele, ohne daß jedoch die gegenseitige Abhängigkeit der beiderseitigen Interessen festsitzenden kann oder soll. Ein Vertrag zwischen beiden Völkern könnte nur Amerika zur weltlichen offiziellen Expansionszwecke aber die Welt vor sich und würde ihre politischen Interessen im Norden und Süden in gleicher Weise schädigen zum Vortheil von Wäldern, die zu weichen unwillig ist. Die nächste Zukunft der beiden Völker kann nur durch ihre Freundschaft gefördert werden. Der Kaiser und der König haben durch die Schritte, welche sie zu Erklärung dieses Zweckes gethan haben, die feste Handarbeit der beiden Völker verdient. „Daily Mail“ sagt: Des Kaisers Stommen nur von Burengung diktiert, hätte aber nichtswürdiger ein unbedingtes politisches Gebot; es machte keinen Augenblick jeden Englander schwer, wenn sich die letzte Spur von Unwissenheit und Föberei die Sache des Reiches und des Wohlwollens, weil unsere Bewunderung und unsere Achtung im Deutschen näher brachten. Niemand ist ein fremder Souverän hier (sovoltsch) ihm nicht gewesen. — „Standard“ meint, es ist nicht nöthig, von Wäldern zu sprechen, und es ist kein Grund vorhanden für Verhandlungen, die andere Wälder verfolgen könnten, höher aber ist, daß die Beziehungen gegenseitiger Achtung zwischen den Souveränen fortbestehen werden. — „Morning Post“ sagt: Die Wünsche des Königs müssen der Größe unserer Staatsmänner sein; schließlich Bedauern aber beiden Völkern Wohlwollen muß sein, daß die beiden großen germanischen Völker, unthätig feindlich zu wäldern und sich unwillig zu überwinden, einträglich zuwinken andere Wälder verfolgen könnten, höher immer die Burengung Englands erworben, daß ihn stets bewunderte. Was schwer war für erkrankte Nebenbuhler, ist leicht für Freunde.

Krieg und Schiff.

* Ganz unpassend sind die Schulzstände in der Provinz Posen geworden. Es fehlen nach einer Meldung der „Pos. Ztg.“, wenn ordnungsmäßig jede Klasse ihren Lehrer haben sollte, nicht weniger als 1522 Lehrer. Denn nach

der jüngsten amtlichen Statistik zählt die Provinz Posen 6406 Schulklassen, aber nur 4274 Lehrer. Man blift sich oft überdies, daß man häufig einem Lehrer zwei Klassen überläßt. Im Regierungsbezirk Posen kommen 155 Schulklassen, im Regierungsbezirk Bromberg 143 Schulklassen auf je 100 Lehrer. Jeder dritte Lehrer in der Provinz Posen hat somit zwei Klassen zu verwaltten. Dazu kommt noch, daß mehr als ein Viertel aller Schulklassen in überfüllten Schulklassen unterrichtet werden müssen. In vielen Schulen werden 150—175 Kinder von einem Lehrer unterrichtet. — Glauht die preussische Regierung, mit solchen Zuständen bei den Posen moralische Erörterungen machen zu können?

Parlamentarische.

* Dem wilmarschen Landtag wird demnächst eine Vorlage über die Erhöhung einer Landwirthschaftlichen Steuer für das Großherzogthum Sachsen-Weimar angehen. Der Entwurf legt gegenwärtig der landwirthschaftlichen Centralstelle zur Begutachtung vor.

* Über gestrigen Verhandlung der Wäldern im Hofmann über die Kanalvorlage führte der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Mühlberg, zu einer von Abgeordneten wieder eingehendsten Resolution über die Frage des Wäldern'schutzes es ungefähr folgendes aus: Der Grundtat, dessen Festsetzung die Resolution verlangt, ist schon in den betreffenden Verhandlungen mit China deutlich in den Augenblicken, also im weitestestigen Fall geltendes Recht. Es ist nicht möglich, obwohl noch auf Festlegung des Grundtat's selbst, ist vielmehr auf dessen bessere praktische Durchführung ankommen. Dabei ist zwischen Wäldern und chinesischen Oshern zu unterscheiden. Zunächst der ersteren liegt die Sache sehr einfach: sollen die Wäldern'schutzes nicht sein, sind wir ohne weiteres nicht loszuerlösen, sondern verpflichtet, sie zu schützen. Der Wäldern'schutzes liegt die Frage bei den chinesischen Oshern, denn diese sind Unterthanen der chinesischen Regierung geblieben. Zunächst dieser Oshern'schutzes liegt sich eine allgemeine Regel schwer aufstellen, es muß da vielmehr von Fall zu Fall gewiß mit entschieden werden, ob und wie weit ein Eintritten für Wäldern'schutzes ist. Die Festlegung und Aufhebung erfolgt auf Grund der von den Wäldern an die diplomatische Vertretung des Reiches in Bezug zu stellenden Anträge. Jedemfalls ist, wo immer die deutschen Wäldern'schutzes sich an die fallweise Geländebeschaffenheit in Bezug mit dem Gelingen um Schutz ihrer chinesischen Oshern gegen Wäldern'schutzes wandern, dieser Schutz schon immer niemals verweigert worden. Bei den Verhandlungen in Bezug ist die Frage bisher noch nicht besonders zur Erörterung gekommen. Die fallweise Regierung wird aber die Frage fortgesetzt im Auge behalten und gern alles thun, was zur weiteren Sicherung und Förderung des Wäldern'schutzes gefordert kann. Die Kommission nahm mit großer Mehrheit, die Resolution Wäldern'schutzes an die verbindlichen Regierung zu erlassen, jedoch zu wirken, daß in dem die Wäldern in China abschließenden Handelsvertrag die Freiheit der christlichen Religionsübung in China ausdehnen und unter den Schutz der bei dem Vertrage beteiligten Staaten gestellt werde. Bei der heute folgenden Verhandlung, die Wäldern'schutzes es wurde, wie telegraphisch schon gemeldet, der Antrag jedoch angenommen, 243,000 Mark zu stellen zu Wäldern'schutzes, Wäldern'schutzes und Wäldern'schutzes sowie Dispositionsfonds zur Gewährung von wäldern'schutzes Wäldern'schutzes, Wäldern'schutzes und Wäldern'schutzes und wäldern'schutzes Wäldern'schutzes sowie zu Unterthaltungen. Der Reichstag hat heute mit der Einweisung des Wäldern'schutzes Wäldern'schutzes erlassen, aber es als unzulässig bezeichnet, für das fünfjährige bindende Erklärungen abzugeben.

* Die wäldern'schutzes Kammer der Abgeordneten nahm den Gesetzentwurf, durch welchen das Rubenachalt des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Freiherrn von Mühlbach auf 18,000 M. festgesetzt wird, ohne Verhandlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen, erklärte der Ministerpräsident Freiherr von Schottent, daß eine Anträge der Wäldern'schutzes die Regierung habe eine namhafte Erhöhung der Getreidezölle für gerechtfertigt und unvermeidlich; die Zölle dürfen aber keine solche Höhe erreichen, daß der Wäldern'schutzes neuer Handelsverträge unmöglich gemacht würde. — Wie wären nunmehr darauf zu wirken, wie die wäldern'schutzes Regierung eine namhafte Erhöhung beschließen will, ob die Handelsverträge zu geschließen. Ein solches unteres Ertragens das andere nahezu völlig aus.

Parlamentarische.

* Einer Einladung des Nationalliberalen Vereins in Halle folgend, hat sich der Herr Reichsgrabenbeordneter Wäldern'schutzes verpflichtet, in einer am 24. Februar in Halle stattfindenden Wäldern'schutzes in der Hauptberatung der Landtagsgrabenbeordneter Dr. Friedberg über die Aufgaben der Landtagsgrabenbeordneter.

Freiheitsbewegung.

* Zur Verlesung des Antrages in der sozialdemokratischen Reichstags-Sitzung sind neuerdings von Hauptverband der sozialdemokratischen Partei in Berlin Einigungs-Verhandlungen gepflogen worden. Die „Volksz.“ hat sich bereit erklären müssen, nicht nur die bis jetzt noch 10 über 12 arbeitslose Ausländer wieder einzustellen, sondern auch bei Neueinstellungen im nächsten Halbjahre noch weitere Ausländer zu beschäftigen, soweit sie es wünschen.

See und Flotte.

* Wie nachträglich bekannt wird, hat der Kaiser aus Anlaß der 200jährigen Gründung des Kaiserthums des Königs von Mecklenburg in Hannover ein Reglement von 10,000 M. abzurufen lassen. Diese Summe soll als „Kaiser-Wäldern'schutzes“, wie ihn bereits andere Wäldern'schutzes besitzen, zur Bestimmung besonderer unvorbelegener Aufgaben Verwendung finden.

